

Erzähler vom Westerwald

Mit der achtheiligen Wochenbeilage
Illustriertes Sonntagsblatt.
Ausschnitt für Drahtnachrichten
Erzähler Hachenburg, Kernruf Nr. 72

Hachenburger Tageblatt

Tägliche Nachrichten
für die Gesamtinteressen des Westerwaldgebiets

Mit der Monatsbeilage: Ratgeber für
Landwirtschaft, Vieh- und Gartenbau.
Druck und Verlag der Buchdruckerei
Th. Kirchhölzl in Hachenburg

Nr. 25

Bezugspreis: vierteljährlich 2,40 M.,
monatlich 80 Pfg. mit Belegzettel; durch die
Post 2,25 M. bezogen 75 Pfg. ohne Belegzettel.

Während des Krieges müssen die Freilagen wegfallen.

Hachenburg, Donnerstag den 31. Januar 1918.

Anzeigenspreis (zahlbar im voraus):
die sechszeilige Zeile oder deren
Raum 20 Pfg., die Mehrzeile 60 Pfg.

10 Jahrg.

Kriegs-Chronik

Wichtige Tagesereignisse zum Sammeln.

29. Januar. Französische Angriffsunternehmungen in der Champagne scheitern unter schweren feindlichen Verlusten. — 19 feindliche Flugzeuge und 1 Besselballon werden abgeschossen. — London und Sherness werden erfolgreich mit Bomben belegt. — Italienische Vorstöße auf der Hochalpe des St. Julien werden nach schweren Kämpfen zurückgewiesen; dabei werden 10 Offiziere und 350 Mann gefangen. — Befreiung des Magerantrags auf Treviso, Gattinello und Mitter.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Entsprechend den Grundlagen für die Gewährung von Kriegsbefreiungen aus Anlass der Teuerung an die Soldaten im Ruhestand und ihre Hinterbliebenen werden jetzt auch den pensionierten Beamten der Kriegsverwaltung und ihren Hinterbliebenen Kriegsbefreiungen gewährt. Auch die pensionierten Offiziere und die Rentempfänger und ihre Witwen und Waisen können ebenfalls mit laienlichen und einmündigen Kriegsbefreiungen bedacht werden. Für deren Bewilligung bei Offizieren usw. kommt das Kriegsministerium, bei Rentempfängern usw. das örtlich zuständige Stellvertretende Generalkommando in Frage.

Bei der Beratung des preussischen Justizrats im Staatshaushaltsausschuss des Abgeordnetenhauses wurde mitgeteilt, daß die Einnahmen aus Gerichts- und Geldstrafen um 15 Millionen Mark geringer seien als im Vorjahre. — Die im Interesse der Hausbesitzer angeregte Änderung des Zwangsversteigerungsgesetzes kann nach den Ausführungen des Ministers des Innern erst nach dem Kriege geändert werden.

In der Weiterberatung der Wahlrechtskommission des preussischen Abgeordnetenhauses entstand eine längere Auseinandersetzung über die in der Presse laiengeordneten Vorwürfe, in der Kommission werde die Entscheidung des Reiches verschleppt. Die Mehrheit der Kommission lehnte solche Vorwürfe als unbegründet ab. Bei der dann fortgesetzten Beratung über die Verordnungsanträge werden mehrere Anträge gestellt zur Verneuerung der Städte- und Landgemeindenvertreter. Minister des Innern Dr. Dreßler beantwortete eine Anfrage dahin, daß es bei der durchaus verschiedenen Stärke des Grundbesitzes in den einzelnen Provinzen nicht möglich sei, jeder Provinz die gleiche Grundbesitzvertretung einzuräumen.

Holland.

Eine deutsche Gegenmaßregel stellen holländische Mäler in Aussicht. Sie berichten, die deutsche Regierung beschuldige, aus Anlass der mit Amerika bevorstehenden Abmachung (der Überführung der in amerikanischen Häfen liegenden 80 Schiffe an die Vereinigten Staaten) alle niederländischen Reedereien auf die schwarze Liste zu setzen. Die Folge wäre dann, daß die Schiffe keine deutschen Munitionskisten mehr erhalten, was, wenn keine Kohle von anderswo geliefert würde, darauf hinausläufe, daß die Schiffe nicht ausfahren können, sondern aufgelegt werden müßten.

Norwegen.

Der Unwille über die amerikanischen Zufuhrbedingungen spiegelt sich in der gesamten Presse wider. Selbst Blätter, die man nicht im Verdacht der Deutschfeindschaft haben kann, äußern Bedenken, ob das Abkommen mit Amerika, das jetzt im Stützungsstadium verhandelt wird, zustandekommen könne. Nur wenige Blätter traten am unbedingten Eingehen auf das, was Amerika will, damit also eigentlich zu einer Selbstauslieferung an den Verband. Norwegen mag, seiner Zukunft wegen, jetzt in einer schwierigen Lage sein, das ist nicht zu verkennen. Hätte aber Norwegen von Anfang an eine volle unbedingte Neutralität, in dem Sinne wie bisher Schweden, auch im Zusammenhang damit manchmal eine kräftigere Sprache gegen die Weltmächte geführt, so könnte es jetzt anders aufstehen. Die norwegischen Reedereien wollten aber verdienen, und nichts als verdienen, und deswegen trat in früher Teil der norwegischen Handelsflotte in den Dienst des Verbandes.

Amerika.

Einen Aufruf zur Sparsamkeit erläßt Präsident Wilson an das Volk und besonders an die Frauen in den Vereinigten Staaten. Die Vorschriften des Lebensmittelgesetzes müßten genau beachtet werden. Es handle sich darum, soviel an Nahrungsmitteln einzusparen, daß den Bundesstaaten ausreichende Mengen zugeführt werden könnten. An Fleisch und Weizen müßte man 3 Prozent einsparen. Was man an Weizenmehl und Brot weniger gebrauche, könne man durch Kartoffeln, Hafer, Roggen, Reis und Gemüse ausgleichen. Der Montag und der Mittwoch müßten als weizenlose Tage gelten, der Dienstag als fleischloser, der Samstag als schweinefleischloser Tag. Außerdem müßten noch täglich bei einer Mahlzeit

Beizen und Fleisch wegfallen. Auch mit dem Zucker müßte bis auf weiteres sparsam wirtschaftet werden.

Russland und Ausland.

Berlin, 29. Jan. Der Botschafter, Graf von B. hat am 31. Januar in Berlin ein und wird schon am nächsten Tage die Geschäfte seines Amtes übernehmen.

Dresden, 29. Jan. Die zweite Kammer nahm einstimmig den fortschrittlichen Antrag an, nach dem in allen Gemeinden Frauen gleichberechtigt in die Bürger-Ausschüsse der Gemeinden gewählt werden können.

Berlin, 29. Jan. Ein neuer Erlass des Reichspräsidenten hebt das Verbot auf, nach dem Todesfällen mit dem Vermögen an den neuen Staatsfonds für öffentliche Bausorge.

Die Streifbewegung.

Entnahme der sozialdemokratischen Abgeordneten.

Berlin, 29. Januar.

Die Aufstandsbewegung, zu der in Flugblättern unter dem Deckmantel aufgerufen worden war und die am nächsten Morgen mit geringem Umfang hatte, ist heute allgemeiner geworden. Allen Anschein nach ist die Faltung der sozialdemokratischen Partei, die Mitglieder in der Streifbewegung bilden, nicht ohne Einfluß geblieben. Im Laufe des heutigen Tages streiften in Groß-Berlin etwa 4000 Personen, vorwiegend aus der Nahrungsindustrie, doch waren auch andere Betriebe in Mitleidenschaft gezogen. In den streifenden Betrieben wurden dem V. L. zufolge, Delegierte gewählt, die sich zu einem Arbeiterrat zusammengeschlossen haben, der aus 10 Arbeitern besteht. Dieser hat einen Aktionsausschuß gebildet, der aus 10 Arbeitern und einer Arbeiterin besteht. Daraus wurden die Reichstagsabgeordneten Naatz, Ledebour und Wittmann von der Unabhängigen Sozialdemokratie und die sozialdemokratischen Abgeordneten Schreiermann, Giese und Braun. Eine Deputation aus fünf Arbeitern und vier Abgeordneten sollte mit dem Staatssekretär des Innern Walraf über die Aufhebung der Versammlungsverbote verhandeln. Der Staatssekretär lehnte es zunächst ab, die Deputation zu empfangen, da das Verhandeln mit den Arbeitern zu unannehmbaren Konsequenzen führen könne. Die Versuche, mit der Regierung zu verhandeln, werden von den Arbeitern fortgesetzt.

Warnung an die Arbeiter.

Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung schreibt u. a.: In Berlin und an einzelnen Stellen im Reich haben Arbeiter den jetzigen Augenblick zu dem Verzicht benutzt, das Niederlegen der Arbeit auf die Regierung einen politischen Druck auszuüben. Ein von den Streikenden in Berlin gebildeter Ausschuss hat Forderungen aufgestellt, die sich unter anderem auch mit innerpolitischen Fragen befassen. Soweit sich darin ein Zweifel an der Entschlossenheit der Regierung ausdrückt, die von ihr angelegten Reformen im Innern durchzuführen, gehen sie von einer völlig falschen Voraussetzung aus.

Was die gleichzeitig in den Forderungen berührten Friedensverhandlungen in Brüssel betrifft, so sind sich die streikenden Arbeiter vermutlich nicht darüber klar, daß ihr Verhalten zu dem Gegenteil dessen führen muß, was sie erreichen wollen. Statt die Verhandlungen über den Frieden zu fördern, erschweren und verzögern sie deren Verlauf. Die Regierung muß erwarten, daß die streikenden Arbeiter sich bei ruhiger Überlegung baldigst von der Schädlichkeit ihres Verhaltens überzeugen und zu ihrer Arbeit zurückkehren, die für jeden eine heilige Pflicht gegen das Vaterland ist.

Das Pflichtbewußtsein, mit dem unsere Arbeiter sich bisher um das Volkswohl verdient gemacht haben und das sie in ihrer erdrückenden Mehrheit auch heute noch dem Vaterlande beweisen, wird das feindliche dazu beitragen, um die Streifbewegung baldigst zu Ende zu bringen.

Nach den vorliegenden Meldungen aus den verschiedenen Teilen des Reiches ist es bisher nur zu vereinzelten Arbeitseinstellungen gekommen. In Dresden a. V., wie in vielen anderen deutschen Städten ist nicht der Versuch gemacht worden, an dem Streik teilzunehmen.

Anarchie in Finnland.

Maximalisten gegen das Bürokratism.

Nach Stockholmer Berichten herrscht in Finnland vollkommene Anarchie. Die Petersburger Maximalisten hatten erklärt, sie seien genötigt, ihren Grundsätzen gemäß, die finnischen Revolutionäre gegen das Bürokratism zu unterstützen. Welche Schreckensherrschaft die Maximalisten in Finnland ausüben, zeigt folgende Meldung aus Stockholm:

Der finnische Senat wurde von den finnischen Soldaten, unterstützt durch die Marinetruppen der Sowjets, auf-

gelöst. Der Senat verweigerte gegen die Einmischung russischer Soldaten und Marines in die inneren Angelegenheiten Finnlands. Der Präsident des Senats wurde verhaftet.

Der Senat hatte ein Ultimatum an die russische Regierung gerichtet, mit der Aufforderung die Besetzung von Waffen an die finnischen Banditen, die gemeinsam mit der russischen Soldateska das Land verheeren, einzustellen.

Gegenangriffe gegen die Polen in Ostgalizien.

Der Generalissimus Klenko brachte ein Radiogramm zur Kenntnis der Volkskommissare, das schlesische Nachrichten zur Vertreibung der polnischen Truppen im Gouvernement Ostgalizien von den Bunkern, die sie besetzt hatten, und die allgemeine Entwaffnung der polnischen Legionen anordnete.

Hungerrevolten in Petersburg.

Aus Petersburg wird berichtet, daß die Stadt seit zwei Tagen gänzlich ohne Brot ist. „Nacht Demonstration“ teilten mit, daß die Straßen der Hauptstadt von Gruppen bestehend aus 500-1000 Personen durchzogen werden. Die Demonstranten rufen nach Brot; sie tragen Plakate mit der Aufschrift: „Geht um Brot!“ Aus dem Admiralskviertel kamen über 4000 Personen an dem Kommandanten des 2. Bezirks, die ihre tägliche Brotration seit vier Tagen nicht erhalten hatten. Der Kommandant begab sich mit der Volksmenge unter dem Schutz der Roten Garde nach der Komissarskaja-Straße Nr. 20, wo große Mehlvorräte vorgefunden wurden. Das Mehl wurde sofort verteilt und jeder erhielt ein viertel Pfund. In verschiedenen Stadtteilen wurden alle Bäckereien geplündert.

Massenverhaftungen in Moskau.

In Moskau wurden alle Mitglieder des sozialrevolutionären Ausschusses von Moskau und des dortigen Provinz Moskau gefangengeführt. Die Maximalisten drohten weitere Verhaftungen an, falls die Rundergebungen gegen die Petersburger Regierung fortgesetzt würden.

Die Entscheidung Trotski.

„Daily News“ erfahren aus Petersburg: Es ist eine Spaltung unter den Bolschewiki eingetreten. Die Mehrheit ist der Ansicht, daß die Schwächung und Vollerfüllung Russlands zu einem Sonderfrieden zwingt; die Mehrheit einschließlich des linken Flügels der Sozialrevolutionäre ist bereit, die deutsche Forderung anzunehmen und in eine Periode der revolutionären Verteidigung einzutreten. Die letzte Entscheidung liegt bei Trotski.

Demobilisierung der ukrainischen Front.

Das ukrainische Bureau meldet: Die Rada hat die Demobilisierung der ukrainischen Front angeordnet. Diese findet unter dem Widerstand der dort befindlichen Bolschewiktruppen statt. Die Bolschewiki besetzten Charkow und Jekaterinoslaw. Gegen Jekaterinoslaw marschiert ein großes Aufgebot der Rada. Bei den Kämpfen zwischen den Bolschewiki und den Ukrainern an der ukrainischen Front siegen die Ukrainer.

Russlands Auflösung.

Von besonderer Seite wird und geschrieben:

Der Verfall Russlands in seine nationalen Bestandteile ist seit der Märzrevolution sofort in Erscheinung getreten. Gleichzeitig zeigte sich in der Bildung der Arbeiter- und Soldatenräte die Vorboten eines Umsturzes der alten sozialen Ordnung. Aber erst die Oktoberrevolution der Maximalisten machte offenkundig, daß nicht eine Umgestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse, auf der sich eine neue Gesellschaftsordnung hätte emporrichten können, im Gange war, sondern eine völlige Zerschmetterung alles Bestehenden.

Von einem Aufbau ist seitdem nirgends mehr die Rede. Das Schwerkewicht der bloßen Masse gelangte zur Herrschaft. Mehr und mehr gewonnen aus ihr heraus die Kräfte die Überhand, die keine anderen Grundzüge kennen, als die Anwendung roher Gewalt. Was sich da unter dem Namen von Volksherrschaften als Regierung gebildet, hält sich nur dadurch am Leben, daß es die blinde Liebe der Masse zum alleinigen Prinzip der Herrschaft und sozialen Wirksamkeit erhob. Um die ganze Fülle der Macht der arbeitenden Massen zu sichern und jede Möglichkeit zu entfernen, daß die Macht der Ausbeuter wiederhergestellt wird, wird die Bewaffnung der Arbeitenden, die Bildung einer sozialistischen großen Armee der Arbeiter und Bauern und die gänzliche Entwaffnung der herrschenden Klassen verhängt. In diesem Blick der Deklaration, deren unbedingte Annahme der verfassunggebenden Versammlung zugemutet wurde, ist die ganze Staatsweisheit des maximalistischen Regiments zusammengefaßt. Worin die „Arbeitenden“ ihre Aufgabe suchen, lassen die verhassten drei Monate mit erschreckender Deutlichkeit erkennen. Während der Zeit, während der nicht nur alles Verordnete, sondern auch alle Bursche, aus denen ein neues soziales und nationales Leben sich entwickeln konnte.

Der Sozialismus hat die unermesslich schwere Schuld auf sich geladen, daß er das Volk nicht zu freier Betätigung in geordneten Verhältnissen erzog und befähigte. Er mußte sich seinen anderen Rat als die Anhebung jeder selbständigen Bewegung.

Der heutige Sozialismus als sein Erbe ist im Grunde nur ein umkehrter Sozialismus. Auch er kennt kein anderes

Werkblatt für den 31. Januar.
Sonnenaufgang 7¹⁷ Wunduntergang 5¹¹ B.
Sonnenuntergang 4⁴⁴ Mondaufgang 9¹¹ B.
1797 Niederkomponist Franz Schubert geb. — 1866 Dichter
Friedrich Rückert geb. — 1871 Beginn des Waffenstillstandes
zwischen Deutschland und Frankreich.

Mittel um sich durchzusetzen und in der Nacht zu erhalten, als die Gewalt und zwar die Gewalt in rohester Form. Ihre Anwendung erstreckt sich auf alle Schichten, die sich nicht unbedingt unter den Willen der mit Machtmitteln ausgestatteten Minderheit beugen. Leben, Eigentum und persönliche Freiheit gelten nichts. Töglich werden in ungezählten Fällen Märdereien und Morde begangen. Auch die staatlichen Funktionen äußern sich in nichts anderem, als in der Unterdrückung auch der leisesten Regungen abweichender Meinungen. Die Sprengung der Verfassungsgebenden Versammlung, deren Wahl von der monarchistischen Regierung selbst angeordnet war, ist nur das sichtbarste Beispiel für das Wüten des Brutals der Verdrängung jedes Eigenlebens und der sinnlosen Vernichtung aller organischen Neugestaltung des Staates. Im Grunde hat dieser überbaute in bester Weise angeordnete Staat für einen böswilligen Nachbarn eine leichte Beute. Die Schilderungen von Augenzeugen über die Auflösung aller öffentlichen Einrichtungen nicht bloß, sondern auch jeder privaten Tätigkeit werden durch die Funktionäre der Petersburger Regierung untreuwillig in vollem Umfange bestätigt. Bekannt ist die bewusste Aufforderung an die Eisenbahner, ihre Pflicht zu tun und die Arme an der Front vom Hunger zu retten. Aber nicht allein die Front leidet furchtbare Not. In einem Rundschreiben vom 17. d. Mts. heißt es: „Es haben zu unterbleiben Ordnungswidrigkeiten und Mangel an Unterordnung auf den Eisenbahnen, Abhängen von Lokomotiven und Eisenbahnwagen, Stauerer und Spekulationen, Gewalttaten gegen die Angestellten, Vandalismus und eigenmächtiger Transport von Lebensmitteln drohen der Front und dem Land unberechenbare Schäden zu bringen. Von allen Eisenbahnen laufen Nachrichten ein über Frontunterbrechungen, die durch Soldaten und andere Verurteilten verursacht werden. Die Eisenbahnen befinden sich in der Gewalt der Rasse. Die Eisenbahnwagen werden ihrer Ladung beraubt. Eine solche Anarchie auf den Eisenbahnen hat den Wagenverkehr völlig gelähmt, was sich in verwerflicher Weise in der Brotverknappung der Bevölkerung, der hungernden Gouvernements und der Arme an der Front geltend macht, indem es unlagbaren Mangel hervorruft.“

Die gleiche Anarchie aber herrscht offensichtlich auf allen Gebieten der öffentlichen Tätigkeit. Wohl zu verstehen ist, daß in weiten Schichten der Bevölkerung Rußlands nur ein Gedanke lebendig ist, der Gedanke einer möglichst schnellen Erlösung von dem gegenwärtigen Regiment, dessen „Freiheitsliebe“ sich in der Unterdrückung und, bei dem genügenden Widerstande, in der Vernichtung von Leib und Leben, in der Entfesselung niederster Begierden und Erödung aller aufbauenden Regungen äußert. Und mit den „Segnungen“ dieses Regiments will die maximalistische Regierung die von Rußland fortstreifenden Völker — Finnland, Estland und die Ukraine sind Bezeugen dieser Verhältnisse — beglücken. Ihnen wollen sie das „Selbstbestimmungsrecht“ gegenüber Deutschland sichern. Welcher Art dieses „Recht“ in Wirklichkeit ist, zeigen die Vorgänge im eigentlichen Rußland so nachdrücklich, daß die Handwerker schwerlich Verlangen danach tragen, sich dieser Prozedur zu unterziehen.

Der deutsche Tagesbericht.

WTB Großes Hauptquartier, 30. Jan. (Antlich)
Westlicher Kriegsschauplatz.

An verschiedenen Stellen der Front Artillerie- und Minenverfechtungen.

Die Infanterietätigkeit blieb auf Erkundungsgeschehen beschränkt.

Unsere Flieger führten erfolgreiche Angriffe auf England und die französische Nordküste aus.

London und Southend sowie Dunkirk, Gravesend und Calais wurden mit Bomben beworfen.

Im Luftkampf wurden gestern 8 feindliche Flugzeuge und 2 Fesselballone abgeschossen.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Nichts Neues.

Mazedonische Front.

Ein Vorstoß feindlicher Kompagnien gegen bulgarische Feldwachposten nordwestlich vom Doiransee wurden abgewiesen.

Italienische Front.

Auf der Hochfläche von Asiago haben die Italiener mit starken Kräften ihren Kampf fortgesetzt. Im Gebiete des Monte Sismol ist er unter schweren Verlusten gesiegt. Monte di Val Bella und Col del Rosso gesehen nach hartnäckigem Kampfe in der Hand des Feindes.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Großer Kriegsrat der Verbündeten.

In Paris findet also eine große politische Konferenz der Verbündeten (ohne Amerika) statt, an der die Präsidenten Wood George, Clemenceau und Orlando sowie der französische Außenminister Bichon und der italienische Sonnino teilnehmen. Die politischen Verhandlungen in Paris sind zunächst eine Fortsetzung der Besprechungen, die soeben in London zwischen Wood George und Orlando stattgefunden haben und die nach Paris verlegt werden, weil sich Clemenceau anscheinend zu alt zum Reisen fühlt. Der erste Programmpunkt wird also von den italienischen Kriegszustelbeschwerden gebildet, und deshalb kommt auch Sonnino nach Paris. Es ist möglich, daß die Erklärungen Wood Georges (an die englischen Arbeiter) in Paris eine Ergänzung erfahren werden. Der Rest ist dann — die Beratung über die Fortsetzung des Krieges.

Der Krieg zur See.

Unsere tägliche U-Boot-Strecke.

Antlich wird gemeldet: Unsere U-Boote töteten den Feind wiederum einen Verlust von 15 000 Br.-Reg.-Tz. Handelschiffraum zu.

Drei große Dampfer wurden unter der irischen Küste versenkt, zwei von ihnen fuhr in einem durch Zerstörer stark gesicherten Geleite. Einer der Dampfer war der bewaffnete englische Dampfer „Maxton“ (3840 Br.-Reg.-Tz.).

Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

Versenkte Lebensmittelschiffe.

Unter den U-Boot-Erfolgen dieses Monats befinden sich Versenkungen, die für die Engländer besonders schmerzhaft sind. „Daily Chronicle“ berichtet über den Verlust eines Lebensmittelschiffes, das einige Tage zuvor einen englischen Hafen erreicht hatte, jedoch ohne entladen zu haben, den Befehl erhielt, nach einem anderen Hafen zu fahren. Auf dem Wege dorthin wurde es torpediert. So ging das wertvolle Schiff mit Ladung verloren. Weiter berichtet die „Times“ über zwei ähnliche Fälle. Von den versenkten Dampfern hatte einer Tz. der andere 4000 Tz. Meisch geladen. Beide hatten im ersten Hafen mangels Entladeeinrichtungen nicht landen können. Die Erregung unter der englischen Bevölkerung war groß; denn man rechnete nach, daß mit der versenkten Meischmenge nach deutschen Verhältnissen 18 Millionen Menschen, d. i. über ein Drittel der englischen Bevölkerung, eine Woche lang mit Meisch versorgt werden können.

Die verringerte Fischeschiff.

Von 9500 Fischeschiffen der englischen Flotte sind nur etwa 400 für den Fischfang freigeblieben, die übrigen stehen im Marinendienst. Im Minenhubdienst verwenden die Engländer ungefähr 1700 Schiffe und etwa 100 000 Mann.

Kleine Kriegsgesch.

Bern, 29. Jan. Nach dem „Berner Tagblatt“ wird die englische Regierung dieser Tage den unabhängigen Judenstaat in Palästina mit der Hauptstadt Jerusalem proklamieren. Die heiligen Stätten sollen neutralisiert werden.

Konstantinopel, 29. Jan. Zwischen den türkischen und ukrainischen Vertretern in Brüssel-Konstantinopel fanden Sonderbesprechungen statt, die eine grundsätzliche Übereinkunft in den wichtigsten schwebenden Fragen ergaben.

Genf, 29. Jan. In einem Artikel der „New York World“ wird erklärt, Österreich-Ungarn könne mit den Vereinigten Staaten durch die iranische Botschaft oder schwedische Gesandtschaft in Wien verhandeln.

Schlussschiff.

Druck- und Korrespondenz-Mitteilungen.

Ein Fallung.

Berlin, 29. Jan. In der letzten Sitzung des Hauptausschusses des Reichstages hat der Abgeordnete Dr. Michaelis über eine angebliche Denkschrift des früheren Reichskanzlers Dr. Michaelis berichtet, die annerkennungsfähige Ziele aufgestellt haben soll. Die Denkschrift soll in einer kleinen Zeitung erschienen sein. Der Abgeordnete Dr. Michaelis machte seine Angaben auf Grund einer Übersetzung aus dieser Zeitung. Wie wir feststellen können, handelt es sich um eine Fälschung. Eine derartige Denkschrift des früheren Reichskanzlers Dr. Michaelis existiert nicht.

Verleihung des Ordens des Heiligen Michael.

München, 29. Jan. Der König von Bayern hat dem früheren Reichspräsidenten des Kriegsernährungsamts, gegenwärtigen Oberpräsidenten der Provinz Ostpreußen, Herrn v. Batocki, den Verdienstorden vom Heiligen Michael erster Klasse verliehen.

Verschlümmung der Lage in Finnland.

Helsinki, 29. Jan. Die Lage in Finnland ist sich ständig zu. Die beiderseitige Erbitterung wächst. An Bord eines Kriegsschiffes in Helsinki fand zwischen Mitgliedern der Regierung und dem sozialistischen Ausschuss der Offiziere eine Zusammenkunft statt. Der Matrosenausschuss forderte vom Senat die Auslieferung der Waffen der Bürgergarde an die Rote Garde, andernfalls würde Helsinki dem Erdboden gleichgemacht. Als die Sitzung um 4 Uhr morgens schloß, war es dem Präsidium gelungen, von den Anwesenden das Versprechen zu erhalten, zur Beruhigung der Gemüter beizutragen. Von den Zeitungen erscheint nur noch die der Roten Garde. Viele Rote Gardisten sind nach Petersburg abgereist, um dort Nachschub zu erhalten.

Nacht des schwedischen Gesandten in Finnland.

Stockholm, 29. Jan. „Aftonbladet“ meldet aus Haparanda, daß der neuernannte schwedische Gesandte in Finnland nach Tornea geflüchtet und nach Stockholm unterwegs sei. Der Vandalismus in Waia sei mit besonderem Auftrage nach Schweden abgereist.

Rücknahme von Rumänen bombardiert.

Genf, 29. Jan. Aus Petersburg wird gemeldet: Rumänische Truppen haben Kischinew umzingelt. Die Stadt steht unter Artilleriefeuer. Die Verluste der Rumänen wie der Bolschewiki sind sehr groß.

Eine Rentermeldung aus Petersburg besagt: Der rumänische Konsul und 14 Leute seines Personals sind gestern in Kischinew von den Bolschewiki verhaftet worden.

Eine rumänisch-bolschewistische Regierung.

Budapest, 29. Jan. Der rumänische Sozialdemokrat Rakowski, der in Odessa lebt, hat von dort aus eine rumänisch-bolschewistische Regierung gebildet, den König Ferdinand abgesetzt und sich selbst zum Diktator gemacht. Rakowski wurde leinert von der rumänischen Regierung verhaftet und später infolge Amnestierung freigegeben.

Beginn der Entente-Konferenz.

Genf, 29. Jan. Die erste Sitzung der Entente-Konferenz hat unter dem Vorsitz Clemenceaus stattgefunden. Wood George, Orlando, der italienische General Albert, der englische General Wilson, der französische General Foch u. a. nahmen an der Sitzung teil. Hauptaufgabe der Konferenz ist die Besprechung der Friedensbedingnisse der Entente. Die Erklärungen Fockings und Clemenceaus sollen gemeinsam endgültig beantwortet werden.

Clemenceau als Friedensführer.

Genf, 29. Jan. Der französische Sozialistenführer Renaudel greift in der „Lumaine“ Clemenceau scharf an, weil er seinen Einfluss in England geltend gemacht habe, um die englische Regierung zu bestimmen, von ihrer wohlwollenden Haltung einem baldigen Friedensschlusse gegenüber abzusehen.

Auch Meisch wird in England rationiert.

Bern, 29. Jan. Der britische Ernährungsminister Lord Rhondda kündigt an, daß sofort Maßnahmen getroffen werden müssen, um die für die Feststoffe bereits vorhandene Zwangsrationierung vom 25. Februar an auch auf Meisch auszuweiten. Die wöchentliche Meischration, die bisher bei der freiwilligen Rationierung 900 Gramm betrug, soll für London auf 450 und für Kinder unter sechs Jahren auf 250 Gramm herabgesetzt werden. Das Kriegsamt hat mit einem großen Londoner Schlachthaus Vereinbarungen zur Verwertung kriegsbeschädigter Pferde für den menschlichen Genuß getroffen.

Amerika erwartet Friedensvorschläge.

Paris, 29. Jan. „New York Times“ meldet aus Washington: Um entsprechende Wirkung zu haben, müßten Versing und Czernin ihren Reden noch bestimmte Vorbehalte an die Adresse der amerikanischen Regierung folgen lassen, sonst sei alles Reden aussichtslos.

Czernin und Wilson.

Genf, 29. Jan. Staatssekretär Lansing drückte seine Abzählung zu der Meldung aus, daß ein Exemplar der Rede des Grafen Czernin an Wilson befördert worden sei, noch bevor sie in Österreich gehalten worden sei. Lansing erklärte, ein solches Exemplar nicht erhalten zu haben, weder vor der Veröffentlichung noch seitdem.

Was Orlando fordern soll.

Genf, 29. Jan. Die „Tribuna“ legt Orlando nahe, daß er auf der bevorstehenden Pariser Konferenz fordern soll: Die Dinge der Verfassung Italiens gestatten keine halben Maßregeln und keinen Aufschub mehr, darüber sind die Regierungen und Völker des Verbandes genügend aufgeklärt. Im Augenblick bleibt ein Abgrund zwischen dem Willen und dem Vermögen des italienischen Volkes offen: er kann nur durch schnelle Hilfe der Verbündeten gefüllt werden.

Oertliche und Provinznachrichten.

Hagenburg, 30. Januar.

(Erhebung über den voraussichtlichen Bedarf an Arbeitskräften bei der Demobilisierung.) Die Handwerkskammer Wiesbaden teilt mit: Auf Veranlassung der Kriegsamtsstelle Frankfurt a. M. findet die vorgenannte Erhebung schon jetzt statt. Es handelt sich um eine vorläufige Erhebung, die keinerlei Schlüsse auf einen baldigen Frieden rechtfertigen, die aber für den Fall des Friedens eine Uebersicht gestatten soll. Ein Fragebogen, eine Erläuterung dazu und eine Verfügung der Kriegsamtsstelle liegen gedruckt vor. Die Handwerkskammer verleiht solche an die Innungen, Handwerksvereine und Vereinigungen, damit deren Vorstände innerhalb ihrer Organisation die erforderlichen Feststellungen machen, zusammenstellen und in den Fragebogen eintragen. Der Fragebogen ist ausgefüllt bis zum 5. Februar 1918 an die Handwerkskammer einzureichen. Für die Lokal-Verwerber hat die Handwerkskammer den Zentralverband des Gewerbevereins für Nassau mit den erwähnten Drucksachen versehen, welcher die Verteilung und Einreichung tätigen wird. Für diejenigen Handwerker, die keiner der vorgenannten Organisationen angehören, sind die Fragebogen und Drucksachen zu haben bei dem Kreisbeauftragten der Handwerkskammer Meistermeister Friedrich Wies, Hagenburg. Diesen Nichtorganisierten ist in ihrem eigenen Interesse dringend zu empfehlen, sich schleunigst in den Besitz der Drucksachen zu setzen, damit der Fragebogen spätestens am 5. Februar ex. bei der Handwerkskammer eingereicht ist. Eine Summe könnte erste Nachteile haben, besonders für diejenigen Handwerker, welche nach dem Krieg auf Uebersetzung von Arbeitskräften Wert legen. Außerdem wird die Erhebung auch für die Rohstoffversorgung als Unterlage dienen können.

Generalleutnant Riebel, Stabskommandierender General des XVIII. A. R., ist durch allerhöchste Kabinetsorder vom 27. Januar d. J. zum General der Infanterie befördert worden.

Langenbach, 28. Jan. Der 52 Jahre alte Geistliche Christian Reiffel von hier, der seit 15. Januar vermisst wurde, ist dieser Tage in der Nähe unserer Gemeinde tot aufgefunden worden.

Kurze Nachrichten.

Am Bahnhof Koken haben sich eine größere Holzschneiderei errichtet werden, wozu das erforderliche Gelände bereits angekauft ist. — Der königliche Landrat des Unterlahnkreises, Herr Landrat Geh. Regierungsrat Duderstadt, ist am 29. Januar nach Tübingen, aber schwerem Verlehen verstorben. — Aus Anlaß des Geburtstages Sr. Majestät des Kaisers hat Ingenieur Karl Morik in Weiburg dem dortigen Kriegerverein „Germania“ zu Gunsten bedürftiger Angehörigen wiederum 500 Mark geschenkt. — Auf dem Bahnhof Hildesheim wurde einem Soldaten, als er eine Pilsener aufheben wollte, von einem Juge eine Hand zur Hilfe abgefahren. — Am 28. d. M. ist in Hildesheim ein 6-jähriges Kind zu Tode gekommen. — Der dortige Ortsvorsteher Herr Adam Opel in Hildesheim, Kommerzienrat Karl Opel, wurde vom Großherzog von Hessen in den erblichen Adelsstand erhoben.

Für die Schriftleitung und Anzeigen verantwortlich:

Theodor Kirchhölzer in Hagenburg.

Alle diejenigen Haushaltungen, welche noch Braunsohlen für diesen Winter benötigen, wollen mit dieser Freitag, den 1. Februar 1918, vormittags 10—11 Uhr in der Wirtschaft Vinn anmelden.

Soffe.

Holzversteigerung.

Montag den 4. Februar, morgens 10 Uhr anfangend, werden in hiesigem Gemeindevald in den Distrikten Laichen und Froberg

205 Tannen-Stangen 1. Klasse

320 " " 2. " "

600 " " 3. " "

Öffentlich meistbietend versteigert.

Marzhausen, den 29. Januar 1918.

Schneider, Bürgermeister.

Acht Mädchen

können noch Arbeit erhalten. Morgens und abends kann Zug benutzt werden.

Nietenfabrik Ingelbach.